



GRUNDLAGER DER PLANUNG:

Angewandte Rechtsgrundlagen
Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Oktober 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 277) geändert worden ist.
Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 178) geändert worden ist.
Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planinhalts-Verordnung (PlanV)) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189) geändert worden ist.
Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2642), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 320) geändert worden ist.
Thüringer Gesetz zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes und zur weiteren landesrechtlichen Regelung des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Thüringer Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz - ThürAusfBodSchG) vom 30. Juli 2019, geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323, 340).
Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274, 2021 I S. 1253), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189) geändert worden ist.
Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 33 des Gesetzes vom 2. Juli 2024 (GVBl. S. 277, 288).
Thüringer Bauordnung (ThürBO) vom 12. Juli 2024 (GVBl. S. 288).
Thüringer Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmale (Thüringer Denkmalschutz-Gesetz - ThürDSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 2004 (GVBl. S. 445), mehrfach geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 735).
Bundes-Bodenschutz-Gesetz (BBodSchG) vom 17. März 1986 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist.
Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Art. 10 G. v. 23.10.2024 (GVBl. S. 323).
Thüringer Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (Thüringer UVPG-Gesetz - ThürUVPG) vom 20. Juli 2007 (GVBl. Nr. 7, S. 85), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323, 341).
Thüringer Bodenschutzgesetz (ThürBodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 2003, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Mai 2016 (GVBl. S. 74, 121).
Planunterlagen
Amtliches Liegenschaftskataster:
Datenquelle: www.govdata.de/bay-2-0; Stand: 08.01.2025
Höhenpunkte:
Datenquelle: grafische Übernahme aus dem ThüringerViewer

Bebauungsplan „Solarpark Sollstedt“ im Ortsteil Sollstedt der Gemeinde Unstruttal

Teil B: TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

LEGENDE

FESTSETZUNGEN

ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

SO Sonstige Sondergebiete (§ 11 Abs. 2 BauNVO)

Zweckbestimmung: Sondergebiet Photovoltaik-Freiflächenanlage

z. B. Höhe der baulichen Anlagen als Höhenmaß in Meter über Gelände

GRZmax 0,65 maximale Grundflächenzahl

ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

überbaubare Fläche nicht überbaubare Fläche (§ 23 BauNVO)

Baugrenze (§ 23 BauNVO)

VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Einfahrtbereich

GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 BauGB, § 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Grünfläche

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MAßNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 und Abs. 6 BauGB)

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) und Abs. 6 BauGB)

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b) und Abs. 6 BauGB)

sonstige gezielte Bepflanzung

gründerspezifische Maßnahme

Vermeidungsmaßnahme

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

sonstige planerische Maßnahmen

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Das Gebiet wird gemäß § 11 BauNVO als sonstiges Sondergebiet (SO) mit der Zweckbestimmung "Photovoltaik-Freiflächenanlage" für Anlagen, die der Nutzung erneuerbarer Energien dienen, festgesetzt.

Folgende Nutzungen sind zulässig:

- freistehenden Solarmodule (in den anstehenden Boden gerammt, ohne Fundamente)

- zum Betrieb erforderliche technische und bauliche Nebenanlagen wie Wechselrichter, Speicher- und Transformationsanlagen

- Nebenanlagen im Sinne von § 14 Abs. 1 BauNVO

2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 3 und § 18 BauNVO)

2.1 Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die festgesetzte Grundflächenzahl (GRZ) und die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt.

2.2 Die zulässige maximale Grundflächenzahl (GRZmax) wird mit 0,65 festgesetzt.

Von der max. zulässigen Grundfläche dürfen max. 4,5 % durch wasserundurchlässige Befestigungen oder bauliche Anlagen dauerhaft vollständig versiegelt werden. Die übrigen Flächen sind entsprechend der Gestaltungsmaßnahmen MO anzulegen.

Weiterhin sind die Ergebnisse (Bodenkundensurveys, Messdaten, Test- und Laboranalysen, Purpurnessungsergebnisse, Liegeplätze u.ä.) spätestens drei Monate nach Abschluss der Untersuchungen unverzüglich durch die Auftraggeber oder die beauftragten Firmen vorzugsweise elektronisch zu übergeben.

2.3 Zulässige Höhe der baulichen Anlagen

Die Höhe der baulichen Anlagen wird mit der maximalen Höhe (Hmax) festgesetzt. Diese wird als Höhendifferenz in Meter gemessen. Als oberer Bezugspunkt gilt der höchste Punkt der Solarmodule bzw. der baulichen Anlagen. Bei der Höhe der Außenwände sind erforderliche Umgrünungen (Altkä), z.B. bei kiesbedeckten Dächern einzubeziehen.

Unterer Bezugspunkt für die Ermittlung der Gebäudehöhe ist der höchste Punkt der Schrittlinie des jeweiligen Baukörpers mit der gewachsenen Geländeoberfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 und Abs. 6 BauGB).

Die Höhe baulicher Anlagen (Hmax) wird mit 4,00 m über Gelände festgesetzt.

Der Mindestabstand der Module untereinander zum Gelände muss mindestens 0,8 m betragen.

3. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 BauNVO)

Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch Baugrenzen festgesetzt.

Eine Überschreitung der Baugrenzen durch untergeordnete Bauteile ist zulässig.

4. SONSTIGE NEBENANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, § 14 und § 23 Abs. 5 BauNVO)

Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 2 BauNVO, die der Versorgung des Baugebietes mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie der Abholung des Abwassers dienen, sind ausnahmsweise ohne entsprechende Flächenfestsetzung sowohl innerhalb als auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

5. PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MAßNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (GRÜNDERSPECIFISCHE FESTSETZUNGEN) (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und 26 BauGB)

5.1 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB)

M3 - Anlage einer Querungshilfe für Wild - "Wildkorridor"

Erlang des Waldrandes sowie an vorhandenen Strukturen im Plangebiet sind Korridore vorzusehen. Der Wildkorridor entlang des Waldrandes ist mit einer Breite von 30 m anzulegen. Im Westteil des Plangebietes ist entlang einer Grabenstruktur zusätzlich ein Korridor mit einer Breite von 30 m auszuweisen. Der Abstand der angrenzenden Zauanlagen zur Maßnahmenfläche M3 beträgt mindestens 2 m.

Innerhalb des Wildkorridors ist ein lückiges Gebüsch durch Pflanzung von Strauchgruppen aus gebietseigenen Laubbäumen (gemäß folgender Pflanzliste) anzupflanzen. Die Gehölzpflanzung hat auf mindestens 30 % des Korridors zu erfolgen. Die Gehölze sind vorwiegend auf der Schattenseite der heckenartige Struktur in Gehölzgruppen (Gruppen von mindestens 5 Stk. Einzelstrüchern) anzulegen. Ein Pflanzabstand von mindestens 2,5 m ist einzuhalten. Die übrigen Flächen sind als extensive Ruderalflur (Regiostrat) (UG 5 Mitteldeutsches Tief- und Hügelland, Typ Feldrain und Baum) zu entwickeln. Ein unversiegelter Grünweg in einer Breite von 2,5 m zur Pflege der Flächen ist zulässig.

Planung standortgerechter Sträucher (Vorkommensgebiet 2 Mittel- und Ostdeutsches Tief- und Hügelland) Mindestqualität: ISt: 70/90; Artenauswahl (ca. 400 Stk.)

Pflanzliste 1

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

Waldspitze (Holzspitze)

BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB i. V.m. § 97 ThürBO)

1. Einfriedigungen

Einfriedigungen sind im Sondergebiet bis zu einer Höhe von 2,5 m zulässig und mit einem durchgängigen Freilichtabstand zur Geländeoberfläche von min. 15 cm zu versehen.

HINWEISE

1. ARCHÄOLOGISCHE DENKMALPFLEGE

Einsprechend dem "Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmale im Land Thüringen" (Thüringer Denkmalschutzgesetz) unterliegen nach § 16 ThürDSchG Bodenfunde der unverzüglichen Meldepflicht an das Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie - Archäologische Denkmalpflege -, durch den Entdecker, Eigentümer usw.

Funde sind mind. eine Woche nach Anzeige im unveränderten Zustand zu erhalten und zu schützen.

2. ERDARBEITEN

Erduntersuche (Borungen, Grundwasserstellen, geophysikalische oder geochemische Messungen) sowie größere Arbeiten sind dem Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz gemäß Geotopdatengesetz (GeotopG) spätestens zwei Wochen vor Baubeginn anzuzeigen.

Weiterhin sind die Ergebnisse (Bordokumentation, Messdaten, Test- und Laboranalysen, Purpurnessungsergebnisse, Liegeplätze u.ä.) spätestens drei Monate nach Abschluss der Untersuchungen unverzüglich durch die Auftraggeber oder die beauftragten Firmen vorzugsweise elektronisch zu übergeben.

3. IMMISSIONSSCHUTZ

Blendlärm

Durch Photovoltaikanlagen dürfen keine über die zulässige Maß von 30 m über bzw. 30 m hinausgehende Blendung für Wohn- und Arbeitsräume und keinen Gefährdung durch Verkehrsmittel verursacht werden.

4. GRÜNDORDNUNG

Baum- und Gehölzbestand

Die zu erhaltenen Bäume und Gehölzbestände (siehe Schutzmaßnahme M2) sind zu Beginn der Erschließungen / Baumaßnahmen fachgerecht zu schützen. Bei der Baurückführung, insbesondere bei Bodenaustrag und abtrag in der Nähe von Gehölzen sind diese vor schädigenden Einflüssen unter Anwendung der einschlägigen Gesetze und Richtlinien zu bewahren.

5. VERMEIDUNGSMAßNAHMEN AUS DEM ARTENSCHUTZ

Vermeidungsmaßnahme V1: Baustellenbegrenzung Baufeldermischung / Gehölzführung

Die Baufeldermischung / Baufeldermischung erfolgt generell außerhalb der Brück- und Jungenaufschüttung von Feldwegen sowie Fre- und Nebenwegen in Gehölzen d. h. in der Frist von 30,00 bis 01,00.

Vermeidungsmaßnahme S1: Baubauzone - geschützte Biotope

Die geschützten Biotope im Umfeld des Planvorhabens (Halbbrunnens) sind auch als Baubauzone auszuweisen. Auf diesen Flächen sind Baubauzonen gemäßer Art, Lagerung von Material, Abstellen von Fahrzeugen etc. untersagt.

6. BODENSCHUTZMAßNAHMEN

Vermeidungsmaßnahme S2: Schöne Bauverfahren und Vermeidung von baubedingten Beeinträchtigungen

1. Bodenschutz

Bei längeren Niederschlägen sind die Erdarbeiten zu unterbrechen und Zeit zum Abtrocknen einzuplanen. Die einzelnen Bodenschichten sind bis zur weiteren Verwendung in gesonderten Mieten zu lagern. Um eine Verdichtung zu vermeiden, dürfen die Mieten nicht höher als 2 m aufgeschüttet sein. Das Befahren ist untersagt. Es sind die einschlägigen Regelwerke zum Bodenschutz zu beachten.

2. Die Anlagen für die Baustellenanordnung sind an vorhandenen befestigten oder sonstigen vorbestehenden Flächen anzulegen und so zu wählen, dass Vegetationsbestände nicht unnötig beeinträchtigt werden. Arbeitsstellen sind auf das notwendige Maß zu beschränken.

3. Wiederherstellung: Baubedingt beanspruchte Flächen sind bei Beendigung zu renaturieren. Oberflächennahe Verschüttungen sind unter Berücksichtigung der einschlägigen Regelwerke zum Bodenschutz kurzweilig zu lockern. Der abgetragene und zwischengelagerte Oberboden ist wieder einzubauen. Die Begrünung soll mit Aussaat von Landschaftsgräsern erfolgen.

4. Während der Bauführung und des Unterhaltungs- und Betriebszustandes ist auf die Einhaltung rechtlicher Grundlagen und technischer Vorschriften mit dem jeweils aktuellen Stand zu achten.

KATASTERVERMERK

Es wird bescheinigt, dass die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen im gekennzeichneten Geltungsbereich sowie der angrenzenden Flurstücke nach dem Stand vom mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen. Der Gebäudetrachweis kann vom örtlichen Bestand abweichen.

Unstruttal, den

Bürgermeister

Siegel

VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufstellungsbeschluss

Der Gemeinderat hat in der öffentlichen Sitzung vom 19.05.2025 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Beschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am öffentlich bekanntgemacht.

2. Unterrichtung der Behörden und sonstiger Träger Öffentlicher Belange

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurden mit Schreiben vom über die Planung unterrichtet, zur Ausfertigung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltauflage nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgeführt sowie gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme zum Planentwurf aufgefordert.

3. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom bis einschließlich in Form einer Veröffentlichung mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung. Die Bekanntmachung zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgte am

4. Billigungs- und Offenlegungsbeschluss

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) wurde, einschließlich der Begründung, am vom Gemeinderat gebilligt und seine Veröffentlichung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Unstruttal, den

Bürgermeister

Siegel

5. Offenlegungsvermerk

Der Entwurf des Bebauungsplanes, einschließlich der Begründung, wurde gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom bis einschließlich auf der Website der Gemeinde Unstruttal bereitgestellt. Ort und Dauer der Veröffentlichung wurden am mit den Hinweisen, dass Änderungen während der Auslegungsfrist vorgenommen werden können und welche Art von Informationen vorliegen, öffentlich bekanntgemacht.

6. Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger Öffentlicher Belange

Die von der Planung betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf des Bebauungsplanes aufgefordert.

7. Behandlung von Anregungen und Bedenken

Die vorgebrachten Anregungen sowie Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung am behandelt. Das Abwägungsergebnis wurde mitgeteilt.

Unstruttal, den

Bürgermeister

Siegel

8. Satzungsbeschluss

Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), wurde gemäß § 10 Abs. 1 BauGB vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung am als Satzung beschlossen. Die Begründung, die in der Fassung von wurde gebilligt.

Unstruttal, den

Bürgermeister

Siegel

9. Genehmigungsvermerk

Die Genehmigung der Satzung über den Bebauungsplan ist am gemäß § 10 Abs. 3 BauGB öffentlich bekannt gemacht worden, mit dem Hinweis, dass der Bebauungsplan mit Begründung während der Dienststunden im Bauamt der Gemeinde Unstruttal von jedermann eingesehen werden kann. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft. In der Bekanntmachung wird auf folgendes hingewiesen: Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 BauGB bezeichneten Verfahren- und Formvorschriften sowie Mängel in der Abwägung nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1-3 BauGB unbedenklich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit der Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind.

Unstruttal, den

Bürgermeister

Siegel

10. Ausfertigung

Die Übermittlung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplanes mit dem Willen des Gemeinderates sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes werden bescheinigt.

Unstruttal, den

<